

# Sirup für die Mitarbeiter

**Beruf und Familie** unter einen Hut zu bringen ist nicht einfach. Sanu sucht mit Bieler Unternehmen und sozialen Einrichtungen nach Lösungen.

**MARCEL HABEGGER**

Das Kind von Peter Lehmann, Direktor von Sanu, dem Institut für Bildung und nachhaltige Entwicklung, ist krank. Deshalb muss er den Workshop zum Thema «Beruf und Familie» etwas früher verlassen.

Auch der Moderator Marc Münster ist auf dem Sprung. Vielleicht muss er wegen seiner hochschwangeren Frau kurzfristig weg. Kaderleute, die ihren Beruf mit der Familie verbunden haben. Doch dies ist nicht immer einfach.

Am «World-Café» sprachen Bieler Unternehmer und Unternehmerinnen mit Vertreterinnen und Vertretern von sozialen Einrichtungen über Ideen, wie Beruf und Familie besser unter einen Hut gebracht werden können.

## Teure Angelegenheit

Mehr Kindertagesstätten könnten arbeitende Eltern unterstützen, doch dies ist mit viel Aufwand verbunden. Das Bieler Unternehmen Brainstore hat deshalb vor zehn Jahren im eigenen Betrieb die Kindertagesstätte «Minibrains» gegründet.

Laut Nadja Schnetzler, Geschäftsführerin von Brainstore, schreckt Bürokratie die Unternehmen ab, eine eigene Tagesstätte aufzubauen. Die Brainstore-Tagesstätte hatte für die Firma aber auch positive Aspekte: «Wir konnten aufgrund der «Minibrains» die jungen Mitarbeiterinnen länger halten.» Zudem haben die Kinder der «Minibrain» niedergeschlagene Mitarbeiter auch immer wieder aufgebaut. Wenn ein Mitarbeiter einen schlechten Tag hatte, ging er kurz in die Tagesstätte, erhielt dort einen Sirup serviert und war dann wieder motiviert bei der Arbeit.

Doch eine interne Kindertagesstätte ist keine billige Angelegenheit. Brainstore bezahlte pro Kind und Jahr 15 000 Franken für



**Suchen nach idealen Lösungen:** (von links) Nicolas Kubli (L. Klein AG), Marc Münster (Sanu) und Nadja Schnetzler (Brainstore).  
Bild: René Villars

die Betreuung. Aus Kostengründen musste das Unternehmen seine Kindertagesstätte wieder auflösen.

## Keine Nachfrage bei BEKB

Auch andere Firmen wie beispielsweise die Berner Kantonalbank (BEBK) wollten ihre Mitarbeiter bei der Kinderbetreuung unterstützen. Vor einem Jahr hat die Bank die Firma Childcare Service engagiert, um das Personal bei der Organisation von Familie und Beruf zu unterstützen. «Bei den Angestellten war aber kaum Bedürfnis vor handen, dieses An-

gebot zu nutzen», sagt Regionalleiter Marcel Oertle.

Bei der BEKB in Biel arbeiten 38 Prozent teilzeit. Der Anteil an teilzeit arbeitenden Männern ist allerdings sehr klein. Stellt sich die Frage, ob die Schweizer Bevölkerung gar keine Probleme hat bei dem Familienmanagement?

«Vielleicht haben die Mitarbeiter Angst, dieses Angebot anzunehmen, weil sie befürchten, ihr Arbeitgeber sehe dies als Schwäche», vermutet Oertle die in Biel tiefe Nachfrage.

Ähnliche Erfahrungen hat Sabine Kronenberg vom Eidgenös-

sischen Finanzdepartement gemacht. «Wir boten zum Beispiel einem Angestellten die Möglichkeit an, teilzeit zu arbeiten, um sich vermehrt um die Familie zu kümmern. Doch er wollte dieses Angebot nicht nutzen.»

Auch für Nadja Schnetzler ist klar, dass die sich Rollenverteilung in Beruf und Familie noch nicht so weit entwickelt habe, wie behauptet werde. Ein Blick nach Frankreich oder Schweden zeigt, dass sich die Schweiz bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weniger weit entwickelt hat. Für Schnetzler ist es

## Beruf und Familie

Das Projekt läuft in drei Phasen:

- Im Juni wurden **Meinungen** von lokalen Akteuren mit Erfahrungen zum Thema eingeholt.
- In der zweiten Phase diskutierten **Unternehmer** und Vertreter sozialer Einrichtungen über Bedürfnisse und Herausforderungen zum Thema Beruf und Familie.
- In einer letzten Phase, bis Ende des Jahres, wird versucht, ausgewählte Projektideen **umzusetzen.** (mh)

deshalb ein Muss, dass grosse Unternehmen ein Programm für Familien im Unternehmen haben.

Nach Nicole Ding von der Frauenorganisation Frac muss mehr Unterstützung vom Staat kommen. Ding arbeitete, bevor ihre Kinder eingeschult wurden, wie ihr Mann 70 Prozent. «Hat eine Familie drei Kinder, beginnt die Schule für jedes Kind zu einer anderen Uhrzeit» Das Schulsystem sei nicht für berufstätige Leute gemacht, da müsse sich etwas ändern.

## Potenzial vorhanden

Am Ende des Anlasses entscheiden sich die Anwesenden, für welche der herausgearbeiteten Projekte sie sich engagieren möchten. Priorität habe, die Unterstützungorganisationen den Mitarbeitern besser bekannt zu machen. Denn Unterstützung gibt es, was dem Personal aber kaum bekannt sei.

Nicolas Kubli von der L. Klein AG fand die Idee einer zentralen «Oase» gut, respektive einer Tagesstätte, in der auch Eltern Erholung finden.

Die BEKB, die den Anlass sponsert hat, sieht die Zusammenarbeit mit verschiedenen Unternehmen für eine gemeinsame Tagesstätte als optimale Möglichkeit. Dies mit dem Ziel, die Situation arbeitender Eltern einfacher zu gestalten.

Die Sanu wird nun versuchen, die Projekte mit den interessierten Firmen weiterzuführen.

## Arbeitsmarkt

### Weniger Beschäftigte in der Schweiz

sda. Die Wirtschaftskrise hat den Arbeitsmarkt voll erfasst: Erstmals seit fast sechs Jahren ging die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz im vergangenen Quartal zurück. In der Industrie setzte sich der starke Rückgang fort.

Gemäss Erwerbstätigenstatistik (ETS) des Bundesamtes für Statistik (BFS) waren im zweiten Quartal mit 4,49 Millionen 0,3 Prozent weniger Menschen erwerbstätig als im Vorjahresquartal. Letztmals ging die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal 2003 zurück, wie es im Beschäftigungsbarometer des BFS von gestern heisst.

Die Zahl der Beschäftigten lag nach der Beschäftigungsstatistik (Besta) um 0,4 Prozent tiefer als im Vorjahr. Insgesamt zählte das BFS 3,95 Millionen Beschäftigte. Gegenüber dem Vorquartal, als es noch zu einem geringen Wachstum kam, ging die Beschäftigtenzahl um 0,3 Prozent zurück. Die Werte sind provisorisch. Die ETS zählt die Zahl der Erwerbstätigen, die mehr als eine Stunde pro Woche arbeiten. Dagegen orientiert sich die Besta an den besetzten Stellen mit mehr als sechs Stunden Arbeit pro Woche. Die Besta klammert zudem Angestellte in Privathaushalten und Selbständigerwerbende ohne Betrieb aus.

In Vollzeitäquivalenten lag die Beschäftigung bei 3,32 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Gegenüber dem ersten Quartal ging die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten um 9000 zurück. Die Industrie leidet mit einem Rückgang der Beschäftigten um zwei Prozent weiter am stärksten unter der Krise. Beträchtlich fiel der Rückgang bei den Herstellern von Metallzeugnissen (- 5 Prozent) aus.

## NACHRICHTEN

### BMC bedient deutsche Händler direkt

pam. Der Grenchner Velohersteller BMC beliefert künftig den deutschen Markt wieder selbst. Das berichtet das Onlineportal www.ride.ch und bezieht sich im Artikel auf das deutsche Branchenportal velobiz.de. Demnach trennt sich BMC nach vier Jahren vom Distributor Grofa und kehrt zum früheren Vertriebsmodell zurück. BMC wolle die deutschen Händler künftig vom Hauptsitz in Grenchen aus mit Aussendienstmitarbeitern abdecken.

### 16 Entlassungen bei Simon & Membrez

sda. Die Uhrenfabrik Simon & Membrez in Delsberg entlässt 16 ihrer rund 200 Beschäftigten. Der Grund dafür ist ein Nachfragerückgang nach Uhrengehäusen. Die Betroffenen seien informiert worden, sagte Pierluigi Fedele, Regionalsekretär der Gewerkschaft Unia. Er bestätigte eine entsprechende Information des Westschweizer Radios (RSR). Das Unternehmen habe zuvor keine Kurzarbeit eingeführt.

### Starker Einbruch bei Lindt & Sprüngli

sda. Wegen Schwankungen bei den Währungen sowie Sonderaufwendungen verdiente Lindt & Sprüngli im ersten Halbjahr fast 90 Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Der Reingewinn lag bei 2,7 Mio. Franken. Im Vorjahr hatte Lindt & Sprüngli 22,9 Mio. Franken verdient. Zu den Sonderaufwendungen, die auf den Gewinn drückten, zählen Schliessungen von Lindt-Boutiquen in den USA (14,7 Mio. Franken) sowie eine Wertberichtigung auf dem Lagergebäude in Italien (7,5 Mio. Franken).

## General Motors erarbeitet Finanzierungsplan für Opel

Der amerikanische **Autokonzern** General Motors erarbeitet einen Finanzierungsplan für Opel. GM wolle so versuchen, die Kontrolle über Opel zu behalten.

sda. Unter Berufung auf drei mit der Materie vertraute Personen schreibt das «Wall Street Journal», dieser Finanzierungsplan solle ein Volumen von 4,3 Milliarden Dollar haben. General-Motors-Chef Fritz Henderson wolle, dass der Plan bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsrats Anfang September ausgearbeitet wird.

Die deutsche Regierung hatte General Motors im Gezerre um den Opel-Verkauf am Montag aufgefordert, ein Vorstandsmitglied zu einem Spitzentreffen nach Berlin zu schicken. GM nahm die Einladung postwendend an: Ein ranghoher Manager werde in den nächsten Tagen zu einem Vier-Augen-Gespräch nach Berlin kommen.

Dabei dürfte es sich nach Angaben aus Konzernkreisen entweder um GM-Chef Fritz Henderson oder den GM-Verhandlungsführer John Smith handeln. Ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel ist aber nicht geplant.

Der GM-Topmanager soll mit der Opel-Task-Force von Bund und Ländern direkt über den Verkauf des deutschen Autobauers verhandeln. GM benötigt nach Angaben eines Sprechers weitere Informationen über die staatlichen Bürgschaften und die Finanzierungen der Opel-Übernahme.

Der GM-Verwaltungsrat hatte am Freitagabend die erhoffte Entscheidung im Bieterkampf zwischen dem österreichisch-kanadischen Zulieferer Magna und dem belgischen Finanzinvestor RHJ International erneut vertagt. In Deutschland wollen Bund und Länder Staatshilfe von 4,5 Milliarden Euro nur gewähren, wenn Magna den Zuschlag erhält. Merksels Sprecher Ulrich Wilhelm betonte am Montag, die deutsche Seite habe ihre Hausaufgaben gemacht. Es lägen unterschriebene Verträge der beiden Interessenten Magna und RHJI vor.

Nach Worten Wilhelms hat es am Wochenende bereits auf Arbeitsebene Kontakte zwischen dem Kanzleramt und dem Weissen Haus in Washington gegeben. Es bleibe bis zur nächsten regulären Sitzung des GM-Verwaltungsrates um den 8./9. September Zeit, um die offenen Punkte zu klären. US-Präsident Barack Obama will sich nicht in die Entscheidung von GM über die Zukunft von Opel einmischen.

## Hayek kritisiert Economiesuisse

Die **Uhrenbranche** distanziert sich vom Wirtschaftsdachverband. Nur humanitäre Gründe rechtfertigten ein Abkommen mit Libyen, nicht wirtschaftliche.

tg. «Wir Schweizer dürfen nicht so weit kommen, dass wir für Geld alles machen.» Nicolas G. Hayek brauchte im Interview mit dem «Blick» von gestern deutliche Worte. Er kritisierte die Äusserungen eines Vertreters des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, die dieser am Montagabend gemacht hatte. Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaftspolitik beim Verband, hatte gegenüber Radio DRS seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass das vielkritisierte Abkommen der Schweiz mit Libyen auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder ankurbelt; Libyen sei ein «interessanter Geschäftspartner».

## «Kein Verständnis»

Der Verwaltungsratspräsident der Swatch Group dagegen sagte gegenüber «Blick»: «Der einzige Grund, der eine Entschuldigung rechtfertigen könnte, wäre ein humanitärer: die Freilassung der

Geiseln.» Ein Kniefall aus wirtschaftlichen Interessen komme dagegen «absolut nicht in Frage». Gestern doppelte Hayek mit einer Pressemitteilung nach. Als Unterzeichner figurieren die Swatch Group, der Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie FH, die Hayek Engineering AG und die Belenos Clean Power AG. «Für einen Deal mit Libyen aufgrund

kommerzieller Interessen hat die Mehrheit der Schweizer Realwirtschaft absolut kein Verständnis», heisst es darin.

## Industrie versus Finanz

Die Swatch Group äussert sich sehr selten politisch. Sprecherin Béatrice Howald will denn die Pressemitteilung auch nicht als politisches Statement verstanden wissen. Kritisiert werde nicht Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, sondern Economiesuisse, die nicht die Meinung aller Wirtschaftszweige – insbesondere nicht der Uhrenindustrie – wiedergegeben habe. Die Kritik am Wirtschaftsdachverband nimmt ein Thema wieder auf, das bereits vor Jahren in die Schlagzeilen kam und offenbar nach wie vor latent aktuell ist: die Gewichtung der Branchen im Verband. Auf die Frage, ob denn die Banken bei Economiesuisse das Sagen hätten, antwortete Hayek maliziös: «Fragen Sie die Economiesuisse.»

Für die Uhrenindustrie ist Libyen ein äusserst kleiner Markt. Er figuriert nicht unter den 30 grössten Exportmärkten in den Statistiken des Verbandes. Gemäss Philippe Pegoraro, Ökonom bei der FH, wurden 2008 Uhren im Wert von 10,6 Millionen Franken in den nordafrikanischen Staat exportiert, 2009 waren es bis Ende Juli 4,9 Millionen Franken.



**Nicolas G. Hayek** greift den Dachverband an.  
Bild: 05